



Nr. 1 / 4. April 2019

Einladung an die Medien: „Juristische Aufarbeitung des NS-Unrechts in Schleswig-Holstein“

Der Landesbeauftragte für politische Bildung richtet am nächsten Dienstag (9. April) in Schleswig eine Veranstaltung über die juristische Aufarbeitung des NS-Unrechts in Schleswig-Holstein aus. Hans-Ernst Böttcher, ehemaliger Präsident des Landgerichts Lübeck, wird zum Thema referieren. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ statt.

Tausende Menschen haben sich während der nationalsozialistischen Diktatur auch in Schleswig-Holstein an der Verfolgung, Unterdrückung, Entwürdigung und Ermordung von politischen Gegnern, Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, so genannten „Asozialen“ und „Erbkranken“ beteiligt oder sich in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten als Zivilangestellte, Soldaten oder SS-Angehörige unvorstellbarer Verbrechen schuldig gemacht. Dennoch sind nach 1945 nur wenige Menschen für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen worden. Diejenigen, die verurteilt wurden, wurden vergleichsweise milde bestraft.

Lag es an der personellen Kontinuität, weil viele Angehörige der Staatsanwaltschaft und Gerichte selbst am NS-Unrecht beteiligt und schwer belastet waren? Und wie hat die Gesellschaft darauf reagiert? Diese und weitere Fragen sollen diskutiert werden.

Zur Veranstaltung

**am Dienstag, 9. April 2019, 18 Uhr
im Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht, Gottorfstraße 2, 24837 Schleswig**

sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Ablauf:

- Begrüßung: Rainer Hanf, Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen
Oberlandesgerichts
- Begrüßung: Berndt Steincke, Sprecher der regionalen Arbeitsgemeinschaft Westküste
von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“
- Grußwort: Dr. Christian Meyer-Heidemann, Landesbeauftragter für politische Bildung
- Vortrag: Hans-Ernst Böttcher, Präsident des Landgerichts Lübeck i. R.
- Diskussion
- Schlusswort: Günter Neugebauer, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft von „Gegen
Vergessen – Für Demokratie“

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Dr. Hauke Petersen, Stellvertreter des Landesbeauftragten für
politische Bildung unter Tel.: 0431/988-1643 zur Verfügung.